

# Ideologien

*Kai Arzheimer*

## 1 Einleitung

Der Begriff der „Ideologie“ bzw. „Ideologien“ ist ein zentrales, zugleich aber auch kontroverses und vielschichtiges Konzept der Politikwissenschaft, das mit zahlreichen Konnotationen aufgeladen ist. Im nachrevolutionären Frankreich als eine erklärtermaßen neutrale Bezeichnung entwickelt, um eine „objektive“ Geschichte der politischen Ideen zu begründen, avancierte es unter dem Einfluss von Karl Marx und Friedrich Engels zu einem politischen Kampfbegriff, der vor allem auf die herrschaftsstabilisierende Funktion der etablierten politischen Philosophien abzielte. Erst im frühen 20. Jahrhundert findet sich im Werk Karl Mannheims ein neuer Versuch, einen positiven bzw. neutralen Ideologiebegriff für die Soziologie fruchtbar zu machen. Unter dem Eindruck der totalitären Diktaturen in Deutschland und der UdSSR wurde „Ideologie“ jedoch bald wiederum in erster Linie mit sinistren philosophischen Systemen assoziiert, die ein verzerrtes Bild der Welt zeichnen, um die Menschen im Sinne der Politik zu beeinflussen und deren Herrschaft zu legitimieren. Erst als in den frühen 1960er Jahren das „Ende der Ideologien“ ausgerufen wurde (Bell 1960), konnte sich der Begriff in der Wissenschaft als allgemeine Bezeichnung für die großen politischen Strömungen der Gegenwart etablieren.

Zugleich entwickelte sich gerade dort, wo (in diesem Sinne) ideologische Konflikte scheinbar wenig Einfluss auf die Politik hatten, nämlich in den USA, eine neue Forschungsrichtung, die kaum Bezug zur ideengeschichtlichen Betrachtungsweise hat, sondern vielmehr – wenn auch in völlig veränderter Form – die von Marx und Engels begründete soziologische Perspektive wieder aufnimmt. Inspiriert durch die „behavioralistische Revolution“ in der Politikwissenschaft, die weniger an politischen

[➤ Kai Arzheimer's list of publications](#)

[➤ Kai Arzheimer's homepage](#)

Ideen und Institutionen als vielmehr an politischen Einstellungen und Handlungsmustern interessiert war, begann man nun damit, die *politischen Grundüberzeugungen individueller Akteure* und insbesondere der Bürger empirisch zu untersuchen. Ziel dieses Kapitels ist es, einen Überblick über die Grundannahmen und die Hauptergebnisse dieses Teilgebiets der Politischen Soziologie zu geben. Die weitere Entwicklung des Ideologiebegriffes innerhalb der politischen Theorie kann hingegen nicht berücksichtigt werden.

Bitte beachten Sie: dies ist ein Preprint (Manuskript). Der endgültige Text erscheint in Viktoria Kaina/Andrea Römmele (Hrsg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch, Wiesbaden: VS, 2008

## 2 Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Ideologien

### 2.1 Der Beitrag der Politischen Theorie

#### 2.1.1 Die Entwicklung des Ideologiebegriffs

In hohem Maße traditionelle Gesellschaften bedürfen keiner Ideologien, weil in ihnen die grundsätzlichen gesellschaftlichen und politischen Arrangements nicht in Frage gestellt werden. Erst dann, wenn überkommene religiöse und philosophische Anschauungen sowie das schiere Gewicht der etablierten politischen Praxis nicht mehr ausreichen, um Herrschaft zu legitimieren, entstehen Ideologien (Geertz 1973: 217). Dennoch wurden in Europa seit der griechischen Antike politische Theorien entwickelt, die den Wert oder Unwert bestimmter Herrschaftsformen begründen sollten. Von den späteren Ideologien unterscheiden sich diese Theorien aber vor allem dadurch, dass sie in ihrer Wirkung im wesentlichen auf die Eliten ihrer Zeit beschränkt waren. Ideologien im modernen Sinne hingegen richten sich an die *Massen* und entstanden deshalb erst, als am Ende des 18. Jahrhunderts erstmals größere Teile der Bevölkerung in den politischen Prozess involviert wurden.

Die frühesten Anfänge der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit politischen Ideen liegen in Francis Bacons „*Novum Organon*“ (1620), in den Schriften der Aufklärung und nicht zuletzt in der berühmten Enzyklopädie von Denis Diderot und Jean-Baptiste d’Alembert (1751-1772). Charakteristisch für diese Epoche war die revolutionäre Vorstellung, dass Politik und Gesellschaft in gleicher Weise untersucht, erklärt und letztlich auch gestaltet werden können wie die belebte und unbelebte Natur. Traditionelle Lehrmeinungen galten als Hindernis auf dem Weg zu neuen Erkenntnissen. Insbesondere der (katholischen) Kirche unterstellte man, dass sie sich aus wohlverstandenen Eigeninteresse gegen das rationale Denken sperre, um ihre eigene Autorität und die unumschränkte Macht der Fürsten und Könige zu schützen. Auf diese Weise begründeten die Aufklärer einerseits die Tradition der Ideologiekritik, andererseits eine erste moderne Ideologie, nämlich die des Liberalismus.

Als eigentlicher Erfinder des Ideologiebegriffs gilt der französische Politiker und Philosoph Antoine Destutt de Tracy (1754-1836), der unter dem Einfluss des Positivismus in den frühen Jahren des 19. Jahrhunderts den Versuch unternahm, die politischen Ideen seiner Zeit zu erfassen, zu systematisieren und zu bewerten. Ziel de Tracys war es, auf diese Weise eine Wissenschaft von den Ideen (=„Ideologie“) zu begründen, die schließlich in der Lage sein würde, die objektiv richtigen, d.h. optimalen Lösungen für ein gegebenes politisches Problem zu finden.

Größeren Einfluss auf die Entwicklung des modernen Ideologiebegriffs hatten jedoch Karl Marx und Friedrich Engels, die rund 25 Jahre später in ihrer „*Deutschen Ideologie*“ die Grundpositionen des deutschen Idealismus attackierten. Aus ihrer Sicht stellt diese philosophische Strömung die tatsächlichen Verhältnisse auf den Kopf – Marx und Engels sprechen von einer „*camera obscura*“ – weil Ideen niemals in der Lage seien, die Wirklichkeit zu beeinflussen, sondern stets nur die materiellen Verhältnisse widerspiegeln. Dementsprechend haben Ideologien für Marx und Engels keinen Wert an sich, sondern dienen

allein politischen Zwecken, weil sie dazu beitragen, gesellschaftliche Widersprüche zu übertünchen. Letzten Endes sind Ideologien damit ein Werkzeug, dessen sich die herrschende Klasse bedient, um ihre Position zu sichern.

Zwei Punkte sind hier für die spätere Verwendung des Konzepts in der politologischen Soziologie von großer Bedeutung: Zum einen weisen Marx und Engels sehr deutlich darauf hin, dass ein Zusammenhang zwischen den politischen Grundüberzeugungen der Bevölkerung und der Stabilität des politischen Systems besteht. Dieser Gedanke wurde später von Autoren wie Max Weber, Talcott Parsons und David Easton wieder aufgegriffen und bildete rund 100 Jahre nach der „Deutschen Ideologie“ die Grundlage für das von Gabriel A. Almond und Sidney Verba begründete Programm zur empirischen Erforschung der Politischen Kultur (Almond/Verba 1963). Zum anderen ist Marx' und Engels' These, dass ein systematischer Zusammenhang zwischen ideologischen Überzeugungen und der Mitgliedschaft in sozialen Gruppen besteht, unabhängig von ihrer ursprünglich materialistischen Begründung weithin akzeptiert. Solche Beziehungen lassen sich einerseits auf Sozialisierungseffekte, andererseits auf die gemeinsamen Interessen der Gruppenmitglieder zurückführen, da die Umsetzung *jedes* ideologischen Programms Vor- und Nachteile für die verschiedenen Gruppen innerhalb einer Gesellschaft mit sich bringt.

Kurz- und mittelfristig fanden Marx' und Engels' Überlegungen allerdings wenig Resonanz: Die Mehrheit der Zeitgenossen empfand diese Theorien ohnehin als höchst suspekt, während die kleine Gruppe der genuin marxistischen Theoretiker sich dem Verdikt der Vordenker anschloss und Ideologie als ein im Grunde belangloses Epiphänomen der objektiven materiellen Verhältnisse ansah (Freeden 2003: 9). Erst in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts bemühte sich Karl Mannheim in kritischer Auseinandersetzung mit der marxistischen Tradition darum, den Begriff der Ideologie für die politische Soziologie und die entstehende Politikwissenschaft fruchtbar zu machen. Ähnlich wie vor ihm Marx und Engels betrachtete auch Mannheim Ideologien als Produkt der historischen und sozialen Umstände (Freeden 2003: 12), weist jedoch nachdrücklich auf ihren pluralen Charakter („multiplicity of the ways of thinking“, Mannheim 1936: 6) hin, da jede der zahlreichen sozialen Gruppen in einer Gesellschaft spezifische Überzeugungen entwickelt, die von den Gruppenmitgliedern übernommen werden. Für Mannheim haben Ideologien damit stets eine soziale und eine psychologische Dimension (Freeden 2003: 13). Dabei lässt Mannheim einerseits keinen Zweifel daran, dass er ein ontologischer Individualist ist („there is no such metaphysical entity as a group mind“), geht aber andererseits von sehr starken sozialen Effekten aus, die nicht nur den Inhalt, sondern auch die Struktur des politischen Denkens prägen: ([the individual] „finds at his disposal only certain words and their meanings“, Mannheim 1936: 2).

Implizit oder explizit liegen diese beiden Grundüberzeugungen auch den späteren empirischen Studien zum ideologischen Denken der Massen zugrunde. Im offensichtlichen Widerspruch zur Annahme einer absoluten Kontextabhängigkeit des politischen Denkens – auch den ideologiekritischen Marxismus betrachtete Mannheim nur als eine weitere Ideologie (Freeden 2003: 15) – glaubte Mannheim allerdings, dass es einer bestimmten sozialen Gruppe, nämlich den Intellektuellen, möglich sei, sich soweit von ihren sozialen Bezügen zu lösen, dass sie eine die gruppenspezifischen Ideologien transzendierende und damit ideologiefreie Sicht der politischen Realität entwickeln könne. Auch hier nehmen die späteren Studien, die ja davon ausgehen, dass ideologisches Denken intersubjektiv erfasst, d.h.

gemessen werden kann, eine vergleichbare Position ein, wobei diese heroische Annahme in der Regel nicht offen ausgesprochen oder gar problematisiert wird.

Die weitere Entwicklung des Begriffs innerhalb der politischen Theorie ist für die Zwecke dieses Kapitels von untergeordneter Bedeutung und kann deshalb unberücksichtigt bleiben. Stattdessen soll hier in Anlehnung an Baradat (2006: 1) und Freedon (2003: 32) eine Arbeitsdefinition des Ideologiebegriffs entwickelt werden. Folgt man diesen Vorschlägen, dann handelt es sich bei Ideologien um *Systeme von Ideen, Werten und Überzeugungen*, die:

- a) Eine gewisse Stabilität aufweisen
- b) Von relevanten gesellschaftlichen Gruppen geteilt werden
- c) Eine bestimmte Diagnose der sozialen und politischen *Realität* beinhalten
- d) Relativ abstrakte Aussagen über eine *wünschenswerte* soziale und politische Realität treffen
- e) Einen Katalog von konkreteren politischen Maßnahmen implizieren, mit deren Hilfe sich die Lücke zwischen c) und d) schließen lässt
- f) Handlungsappelle an bestimmte soziale Gruppen richten und
- g) Eine Legitimation für die Verteidigung, die Reform oder die radikale Veränderung der grundlegenden sozialen und politischen Verhältnisse einer gegebenen Gesellschaft bieten.

Ideologien sind somit eng mit einem anderen zentralen Konzept der politischen Soziologie, nämlich dem der (gesellschaftlichen) Werte bzw. Wertorientierungen verwandt (vgl. dazu auch den Beitrag von Christian Welzel in diesem Band), da sie Aussagen über die Hierarchie konkurrierender Werte treffen und Anweisungen für die Realisierung verschiedener Konzepte der wünschenswerten Gesellschaft beinhalten. Ideologische *Einstellungen* nehmen deshalb eine Mittelposition zwischen den sehr stark generalisierten Wertorientierungen einerseits und den sehr spezifischen Einstellungen zu einzelnen politischen Sachfragen andererseits ein.

### 2.1.2 Die „großen“ Ideologien des 19. und 20. Jahrhunderts im Überblick

Wie oben bereits erwähnt, liegen die Wurzeln der ideologischen Hauptströmungen der Gegenwart an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, als sich Politik im Gefolge der französischen Revolution in zunehmendem Maße zu einem Kampf um die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger entwickelte (Freedon 2003: 31-32) und sich langsam politische Organisationen herausbildeten, die als Vorläufer der modernen Parteien gelten können. In diesem Sinne können Ideologien als Chiffre oder Kurzbezeichnung für die Grundausrichtung einer Partei bzw. einer Familie von Parteien gelten.

Viele der Ideen und Werte, die zum Bestandteil der neuen Ideologien wurden, sind aber weitaus älter. So sieht Robert Eccleshall (2003b: 18) im radikalen Protestantismus eine Wurzel des britischen Liberalismus und kann zeigen, dass sich der Gedanke natürlicher Rechte der Bürger, die den Ansprüchen der Herrschenden übergeordnet sind, bereits in den Schriften der „Leveller“ aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts nachweisen lässt (2003b: 30-31). In ähnlicher Weise lassen sich Ideen, die im weitesten Sinne als „sozialistisch“ gelten können, bis zu den Bauernkriegen des ausgehenden Mittelalters zurückverfolgen (Geoghegan 2003: 80). Überdies verbirgt sich hinter jeder der großen Ideologien

eine Vielfalt von (häufig miteinander konkurrierenden) Theorien, denen selbst große Überblicksdarstellungen (siehe z.B. Beyme 2002) kaum gerecht werden können. Dieser Abschnitt beschränkt sich deshalb bewusst auf die Präsentation einiger weniger Hintergrundinformationen. Im übrigen sei der Leser auf die einschlägigen Einführungen zu diesem Thema (u.a. Beyme 2002, Eccleshall et al. 2003, Heywood 2003) verwiesen.

Als älteste der großen Ideologien gilt der *Liberalismus*. Für Liberale jeglicher Couleur ist die Freiheit des Individuums, sein Leben selbst zu planen und zu gestalten, der höchste Wert, den es zu schützen gilt. Diese Freiheit des Einzelnen gilt als ein Geburtsrecht des Menschen und findet ihre Grenze nur dort, wo die Freiheit anderer Menschen berührt wird. Alle anderen Einschränkungen (insbesondere durch den Staat) werden in Frage gestellt und bedürfen der rationalen Begründung. Historisch entwickelte sich das liberale Denken in Abgrenzung zur Willkürherrschaft des Adels und der Monarchen und wurde von der neuen, aufsteigenden Schicht des Bürgertums getragen. Der zentrale Programmpunkt des frühen Liberalismus war die Einführung geschriebener Verfassungen, die durch eine Reihe von Abwehrrechten die Macht des Staates wirksam begrenzen sollten und den (männlichen und steuerzahlenden) Bürgern durch repräsentative Institutionen einen gewissen Einfluss auf das Handeln der Regierung sicherten. Die Autorität des Staates gründete sich aus Sicht der Liberalen einzig und allein darauf, dass er im Interesse der Bürger handelte. Eine Metapher für diese beschränkte Rolle des Staates ist die vor allem von John Locke (1632-1704) vertretene Idee eines hypothetischen Vertrages zur Gründung des Staates, den die Bürger untereinander auf freiwilliger Basis schließen, um in Frieden und Sicherheit leben und ihre natürlichen Rechte genießen zu können. Eine Regierung, die nicht willens oder nicht in der Lage ist, diese natürlichen Rechte zu sichern, verliert deshalb ihre Legitimationsgrundlage.

Ein anderes in diesem Zusammenhang häufig gebrauchtes Bild ist das des „Nachtwächterstaates“, der sich auf das Setzen einiger fundamentaler Regeln beschränkt, innerhalb derer die Individuen ihre Lebenspläne verfolgen können, aber ansonsten nicht in die Entwicklung der Gesellschaft eingreift. Dieses Ideal des „Laissez-faire“-Liberalismus geriet jedoch bereits im 19. Jahrhundert in die Kritik, da sich Liberale zusehends mit zwei Fragen auseinandersetzen mussten: a) Wie sollen jene Menschen ihre politischen Freiheiten genießen, denen dafür die materiellen Voraussetzungen fehlen und b) ist eine extreme ökonomische Ungleichheit nicht womöglich eine größere Bedrohung für die Freiheit als der (zumindest in Großbritannien) weitgehend gezähmte Staat? Selbst John Stuart Mill (1806-1873), einer der bedeutendsten Vertreter des Liberalismus, befürwortete in diesem Zusammenhang eine aktive Rolle des Staates im Bereich der Regulierungspolitik und betrachtete eine Form der Fürsorge für die Armen als öffentliche Aufgabe. In seinem Spätwerk argumentierte Mill sogar, dass Privateigentum unter bestimmten Umständen genutzt werden kann, um andere zu unterdrücken, und Enteignungen deshalb prinzipiell zu rechtfertigen sind, sofern der Eigentümer angemessen entschädigt wird (Festenstein/Kenny 2005: 55). Während viele der ursprünglichen liberalen Forderungen heute weithin akzeptiert und in den Verfassungen der westlichen Demokratien (die nicht umsonst als liberal-demokratische Systeme bezeichnet werden) verankert sind, beschäftigt dieser Konflikt über das angemessene Niveau der Staatstätigkeit die Liberalen bis heute.

Als zweite bedeutende Ideologie des 19. Jahrhunderts gilt der *Konservatismus*, der ebenfalls auf älteren Ideen aufbaut, sich aber erst in Reaktion auf die französische Revolution und den politischen Erfolg des Liberalismus zur Ideologie wandelte. Träger des Konservatismus waren in erster Linie jene Gruppen, die von der vorrevolutionären Ordnung

profitiert hatten, d.h. vor allem der (landsässige) Adel sowie Teile der neuen Schicht von Industriellen. Nicht zuletzt deshalb, weil viele Vertreter des konservativen Denkens die Idee eines kohärenten ideologischen Systems ablehnten, präsentiert sich der Konservatismus noch heterogener als andere Ideologien. Dennoch lassen sich auch hier einige Gemeinsamkeiten feststellen: Konservative haben im allgemeinen ein weitaus pessimistischeres Welt- und Menschenbild als Liberale oder Sozialisten. Geplanten Eingriffen in die bestehende soziale und politische Ordnung stehen sie höchst misstrauisch gegenüber, weil sie davon ausgehen, dass diese aufgrund der beschränkten moralischen und intellektuellen Kapazitäten des Individuums a) entweder das Gegenteil des Beabsichtigten erreichen, b) völlig erfolglos bleiben oder c) die Kosten und Risiken der Maßnahmen deren potentiellen Nutzen übersteigen (Eccleshall 2003a: 50). Sehr deutlich zeigt sich dieses Misstrauen bei Edmund Burke (1729-1797), einem der Begründer des Konservatismus, der den beschränkten Möglichkeiten des Einzelnen („the individual is foolish“) die Weisheit des (generationenübergreifenden) Kollektivs gegenüberstellt: „the species is wise, and when time is given to it, as a species, it always acts right“ (zitiert nach Eccleshall 2003a: 51).

Konservative beschränken sich jedoch nicht auf die bei Burke angedeutete evolutionär-pragmatische Begründung der bestehenden Arrangements, sondern zeichnen in der Regel das Bild einer organisch gegliederten Gesellschaft, in der den oft mythisch überhöhten „gewachsenen“ Lebens- und Herrschaftsverhältnissen unabhängig von ihrer vermeintlich größeren Leistungsfähigkeit ein Wert an sich zugesprochen wird. In letzter Konsequenz stellen Konservative damit bestimmte Kollektive – die Familie, die Gemeinde, die Stände – über das Individuum.

Auch die Konservativen haben kein gänzlich unproblematisches Verhältnis zur Marktwirtschaft. Einerseits ergibt sich aus ihren oben dargelegten Grundüberzeugungen zwangsläufig, dass sie jede Form von Planwirtschaft ablehnen müssen. Andererseits brachten die Industrielle Revolution und die Liberalisierung der Märkte im 19. Jahrhundert aber grundlegende Veränderungen der sozialen und ökonomischen Verhältnisse – u.a. eine massive Landflucht, einen allmählichen Zerfall der Großfamilien und nicht zuletzt eine Anonymisierung und Rationalisierung der Arbeits- und Konsumbeziehungen – mit sich, die dem konservativen Beharren auf dem Wert tradierter Lebensformen zuwiderlaufen musste. Dementsprechend haben sich einige Strömungen des Konservatismus, die in Großbritannien und den USA nach einer langen Latenzphase in den 1980er Jahren wieder an politischer Bedeutung gewannen, in wirtschaftlichen Fragen dem Programm des „Laissez-faire“-Liberalismus verschrieben. Andererseits waren es konservative Regierungen wie die von Disraeli in Großbritannien und Bismarck in Deutschland, die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts Gesetze erließen, um den Effekt der Marktmechanismen zu begrenzen und die Situation der Arbeiter zu verbessern (Festenstein/Kenny 2005: 120).

Deren oft katastrophale Lebensverhältnisse waren der Anlass für die Entwicklung der dritten großen ideologischen Strömung des 19. Jahrhunderts, nämlich des *Sozialismus*.<sup>1</sup> Auch hinter dieser Bezeichnung verbirgt sich eine große Zahl von miteinander konkurrierenden Theorien (Geoghegan 2003: 74), deren gemeinsamer Ursprung die Kritik an den (früh-)kapitalistischen Lebens- und Produktionsverhältnissen ist (Geoghegan 2003: 75). Einem bekannten Bonmot zufolge haben die Sozialisten den Schlachtruf der französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – aufgegriffen, aber die Gleichheit an die

---

<sup>1</sup> Auf die Entwicklung des Anarchismus wird hier nicht eingegangen, da er in den meisten Ländern keine Breitenwirkung entfaltet hat, sondern nur für einige kleine politische Gruppen von Bedeutung war bzw. ist.

erste und die Freiheit an die letzte Stelle gesetzt (Geoghegan 2003: 76). Tatsächlich unterscheiden sich aber die Spielarten des Sozialismus in ihrer Gegenwartsdiagnose, in ihren Gegenentwürfen zu den bestehenden Verhältnissen und in ihren Programmen für die erstrebte Transformation der Gesellschaft ganz erheblich (Geoghegan 2003: 75-80). Dementsprechend werden die drei Grundwerte bei näherer Betrachtung von verschiedenen sozialistischen Strömungen doch recht unterschiedlich gewichtet.

Ein wesentliches Kriterium, anhand dessen sich die verschiedenen Richtungen unterscheiden lassen, ist ihr Verhältnis zum Werk von Marx und Engels sowie dessen Interpretation durch Wladimir Iljitsch Lenin, der eine gewaltsame Revolution und die Ablösung der liberalen Demokratie durch eine „Diktatur des Proletariats“ (d.h. eine Diktatur der kommunistischen Parteiführung) forderte (Marxismus-Leninismus). Die Mehrheit der Sozialisten in Westeuropa arrangierte sich hingegen im Verlauf des 19. Jahrhunderts mit der bestehenden Demokratie und dem Kapitalismus, arbeitete auf deren gradualistische Reform hin und distanzierte sich schließlich offen oder unausgesprochen vom Marxismus. Dabei spielte der deutsche Sozialdemokrat Eduard Bernstein (1850-1932) eine zentrale Rolle, der in den 1890er Jahren eine umfassende Theorie der nicht-revolutionären Reform des Kapitalismus („Revisionismus“) entwickelte und damit die Entwicklung der SPD, aber auch anderer sozialistischer bzw. sozialdemokratischer Parteien nachhaltig beeinflusste. Eine radikalere Minderheit hingegen konstituierte sich vor dem Hintergrund des Ersten Weltkrieges (in dem die sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien ihre nationalen Regierungen unterstützten und damit die Idee der internationalen Arbeitersolidarität aufgaben) und der bolschewistischen Revolution in Russland als eigenständige, kommunistische Strömung. Mit der Gründung kommunistischer Parteien und deren Zusammenschluss zur von der KPdSU dominierten „Dritten Internationalen“ im Jahre 1919 wurde diese Spaltung organisatorisch zementiert.

Liberales, konservatives und später auch sozialistisch/sozialdemokratische Ideen dominierten die politische Auseinandersetzung des 19. Jahrhunderts. Hinzu kam eine weitere Ideologie, die trotz ihrer enormen politischen Wirksamkeit eigentümlich blass bleibt: die des *Nationalismus*. Ihre Kernaussagen lassen sich in wenigen Worten zusammenfassen: Nationen, d.h. große Gemeinschaften von Menschen, die eine gemeinsame und weitgehend homogene Sprache und Kultur besitzen, sind die „natürlichen“ politischen Handlungseinheiten, während politische Institutionen nichts weiter als künstliche Gebilde sind, die diesen Nationen aufgepfropft werden. In einer idealen Welt sollte es deshalb jeder Nation möglich sein, ihren eigenen Staat zu errichten und sich unabhängig von äußeren Einflüssen selbst zu regieren. In dieser universalistischen Form wurde das Programm des Nationalismus allerdings nur von wenigen Theoretikern wie Johann Gottfried Herder (1744-1803) vertreten, der (im neunten Buch seiner „Ideen zur Philosophie und Geschichte der Menschheit“) in gänzlich allgemeiner Form den Nationalstaat als den „natürlichsten Staat“ bezeichnet, denen er die „unnatürliche Vergrößerung der Staaten, die wilde Vermischung der Menschengattungen und Nationen unter einen Zepter“ entgegenstellt, die „Staatsmaschine[n] ... ohne inneres Leben und Sympathie der Teile gegeneinander“ hervorbringe – ein Verdikt, das sich vor allem gegen die multiethnischen und dabei absolutistischen Staaten Preußen, Österreich und Russland richtete (Festenstein/Kenny 2005: 258). Die meisten nationalistischen Theoretiker beschäftigten sich jedoch lediglich mit dem Wohlergehen einer einzigen Nation, nämlich ihrer eigenen (Finlayson 2003: 100).

Im Laufe des 19. und frühen 20. Jahrhunderts wurde das nationalistische Programm in Europa – zumeist in kriegerischer Form – weitgehend umgesetzt und erscheint nun als weitgehend unstrittig. Obwohl die Bedeutung der internationalen und der subnationalen Ebene seit dem Zweiten Weltkrieg zugenommen hat, betrachten es Bürger und Politiker heute nach wie vor als Selbstverständlichkeit, dass politische Probleme in erster Linie auf der Ebene des Nationalstaates zu lösen sind. Das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ ist zum zentralen Prinzip des internationalen Rechts geworden und bildet die Grundlage für die Organisation der Vereinten Nationen. Zumindest in den liberalen Demokratien scheint der Nationalismus also im wesentlichen ein Problem der sogenannten Krisenregionen und ansonsten von geringer praktisch-politischer Relevanz zu sein.

Für Europa im Allgemeinen und für Deutschland im Besonderen ist diese Ideologie jedoch aus zweierlei Gründen von erheblicher Bedeutung. Zum einen entstanden am Ende des 19. Jahrhunderts in vielen Ländern Europas besonders aggressive und undemokratische Spielarten des Nationalismus, in deren Mittelpunkt die Idee einer biologisch-kulturellen Überlegenheit bestimmter Völker bzw. Volksgruppen stand. Aus diesen Strömungen entwickelten sich nach dem Ersten Weltkrieg Ideologien wie der italienische Faschismus und der deutsche Nationalsozialismus, die auf die Beseitigung der Demokratie, die gewaltsame Verfolgung politischer Gegner und die Führung von Angriffskriegen abstellten und schließlich zur Legitimation von bis dahin unvorstellbaren Greueln dienten. Zum anderen kam es seit den 1980er Jahren in fast allen Ländern Westeuropas zu einer (weitgehend unerwarteten) Wiederbelebung des parteiförmigen, aggressiven Nationalismus, auch wenn Parteien wie die Republikaner, die FPÖ oder der französische Front National nicht ohne weiteres mit den entsprechenden Gruppierungen der Zwischenkriegszeit gleichgesetzt werden können (Prowe 1994).

Eine letzte für den politischen Wettbewerb bedeutsame Ideologie schließlich ist die *Christdemokratie*. Christliche, d.h. konfessionelle Parteien entstanden in vielen europäischen Ländern im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Ihre Gründung kann in der Regel als Protest gegen den Liberalismus sowie die Säkularisierung der Gesellschaft, partiell auch als Gegenbewegung gegen den Industriekapitalismus verstanden werden. In konfessionell homogenen Ländern standen diese Parteien in der Regel den konservativen Kräften nahe, während in konfessionell gespaltenen Ländern wie Deutschland die Repräsentation der Trägergruppe bzw. der transnationalen katholischen Kirche eine wichtige Rolle spielte. Auf deren an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert entwickelter Soziallehre, die sich sowohl gegen den Liberalismus als auch gegen den Sozialismus richtete und eine Art dritten Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus suchte, baut die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene moderne Christdemokratie auf, die für einen „gezähmten“ Kapitalismus eintritt und dies mit einer Betonung christlich-konservativer Werte verbindet. Von älteren Ansätzen unterscheidet sich diese Ideologie dadurch, dass sie sich nominell an Christen aller Konfessionen bzw. an alle Bürger richtet, die diese Werte befürworten. De facto werden christdemokratische Parteien aber in konfessionell heterogenen Gesellschaften wie der deutschen nach wie vor stärker von Katholiken als von Protestanten unterstützt.

Neben diesen großen Ideologien des 19. und frühen 20. Jahrhunderts – Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus/Kommunismus, Nationalismus und Christdemokratie – sind im Laufe des 20. Jahrhunderts eine ganze Reihe weiterer politischer Ideen entstanden oder wiederbelebt worden, die als Ideologien betrachtet werden können, weil sie im Sinne der oben skizzierten Definition eine umfassende Diagnose der sozialen und politischen Realität

mit Handlungsappellen an die Bürger verbinden. Zu nennen wären hier beispielsweise der Feminismus, der Ökologismus und – in jüngster Zeit – der religiöse Fundamentalismus. An dieser Stelle ist es jedoch weder möglich noch nötig, näher auf diese Strömungen einzugehen.

## 2.2 *Ideologien in der Politischen Soziologie*

### 2.2.1 Grundsätzliches

Als Schlüsseltext, der bis heute das Verständnis von Ideologien in der politischen Soziologie prägt, gilt Robert Lanes 1962 unter dem Titel „Political Ideology“ erschienene Studie zum politischen Denken von 15 gewöhnlichen Bürgern („common men“) einer amerikanischen Kleinstadt. Als „Ideologien“ betrachtete Lane (1962: 15-16) „... a set of emotionally charged political beliefs [which] embrace central values and institutions ... rationalizations of interests (sometimes not his own) ... moral justifications for daily acts and beliefs“. Kennzeichnend für diese Ideologien ist ihr weitgehend unreflektierter, halb-bewusster Charakter sowie ihr Mangel an Kohärenz (innerem Zusammenhang) und Konsistenz (Widerspruchsfreiheit). Mit dieser Definition setzte Lane Ideologien weitgehend mit „political belief systems“ gleich (Freedens 2003: 39), einem allgemeineren Konzept aus der Sozialpsychologie, das sich auf die – unter Umständen widersprüchlichen und nur rudimentär strukturierten – Systeme von politischen Einstellungen der Bürger bezieht (Converse 1964). Damit fügte sich Lanes Studie nahtlos in den Kontext der so genannten „behaviouralistischen Revolution“ in der amerikanischen Politikwissenschaft ein, die sich in den 1950er und 1960er Jahren für eine Zeitlang von ihren traditionellen Gegenständen – politische Ideen und Institutionen – abwandte und sich statt dessen mit dem Verhalten, vor allem aber auch mit den Einstellungen der „Massen“ zu beschäftigen begann und sich dabei im wachsenden Umfang quantitativer Methoden bediente.

Aus Sicht der politischen Theorie musste diese Reduktion von Ideologien auf mess- und zählbare politische Einstellungen als eine extreme Vergröberung erscheinen, die die Vielfalt, Komplexität und Bedeutung des politischen Denkens nicht angemessen erfasst (vgl. dazu Freedens 2003: 40). Freedens Kritik, dass sich die Auseinandersetzung mit politischen Ideologien nun auf die Erhebung von Links-Rechts-Skalen und Entwicklung von Vier-Felder-Tafeln beschränkte, wird Lanes Werk allerdings kaum gerecht, da Lane eine Studie vorgelegt hat, die nach heutigem Sprachgebrauch eher als „qualitativ“ bezeichnet werden würde:<sup>2</sup> Lane hat sehr ausführliche (mehrstündige), offene wenn auch klar strukturierte Interviews mit einer sehr beschränkten Zahl von Respondenten geführt, sich intensiv mit den frei formulierten Antworten der Befragten beschäftigt und diese mit Hilfe einer großen Zahl von Dimensionen zu beschreiben versucht. Neben dem politischen Denken seiner „Fifteen Political Authors“ (Lane 1962: 4), das natürlich breiten Raum einnimmt, untersucht Lane u.a. auch deren politisches Wissen, ihre Lebens- und Familiengeschichte, das Berufs- und Sexualleben sowie ihre Persönlichkeitsmerkmale. Zudem weist Lane selbst sehr deutlich auf die Unterschiede zwischen Argumenten der großen Denker und den weit- aus einfacher strukturierten Überzeugungen seiner Befragten hin (Lane 1962: 16).

---

<sup>2</sup> Tatsächlich äußert Lane allerdings an mehreren Stellen sein Bedauern darüber, dass bestimmte standardisierte „Tests“ (Fragekataloge) noch nicht zur Verfügung standen und er nicht mehr Bürger befragen konnte. Zu quantitativen und qualitativen Forschungsmethoden vgl. auch den Beitrag von Manuela Pötschke in diesem Band.

Unter politischer Ideologie in diesem letzteren Sinne versteht Lane vor allem das Verhältnis der Befragten zu den zentralen Werten Demokratie, Freiheit und Gleichheit, sowie ihre Vorstellungen über die Tätigkeit der Regierung (Lane 1962: 485-487). Deren Untersuchung ist jedoch in einen weit umfassenderen Katalog politischer Einstellungen eingebettet (Lane 1962: 482-488). Dabei greift er auf 12 Einstellungs- und Persönlichkeitsskalen zurück und entwickelt selbst auf Grundlage seiner Interviews acht weitere Skalen. Vier dieser insgesamt zwanzig Instrumente beziehen sich auf ideologisches Denken im engeren Sinne: eine Skala, die sich auf den Grad der ideologischen „Vergröberung“ (bluntness) bezieht, zwei weitere, die undemokratische Ideen bzw. den Hang zu Verschwörungstheorien erfassen sollen, und schließlich die Liberalismus-Konservatismus-Skala, die als US-amerikanisches Äquivalent zur europäischen Links-Rechts-Achse gilt (Fuchs/Kühnel 1994: 227). Diese Instrumente stehen exemplarisch für drei Hauptrichtungen der empirischen Untersuchung von ideologischen Einstellungen.

## 2.2.2 Denkstile und der Beitrag der Extremismusforschung

Vergleichsweise wenig entwickelt ist dabei die Forschung zur ideologischen „Vergröberung“, die sich auf *Denkstile* bezieht. Lanes ursprüngliche Überlegungen zum Grad der Konzeptualisierung und Abstraktion des ideologischen Denkens (Kapitel 22) haben in der politischen Soziologie selbst geringe Resonanz gefunden, was sich vermutlich dadurch erklären lässt, dass sich diese Phänomene mit Hilfe standardisierter Interviews nur in sehr beschränktem Umfang erforschen lassen. Die Nachbardisziplinen der Persönlichkeits- und vor allem der Kognitionspsychologie haben sich jedoch – teils mit Bezug auf ideologische bzw. politische Inhalte, teils in allgemeinerer Form – seit den 1950er Jahren immer wieder intensiv mit diesen Problemen beschäftigt. Seit den 1980er Jahren wurde diese Forschung dann von der Politikwissenschaft bzw. der Politischen Soziologie verstärkt rezipiert, sodass zumindest für die USA ein relativ umfangreiches Schrifttum vorliegt (u.a. Neuman 1986, Zaller 1992), das sich mit der „politischen Sophistikation“ der Bürger beschäftigt und zu einem gewissen Grad an die von Lane aufgeworfenen Fragen anknüpft.

Fragen nach dem *Stellenwert demokratischer Ideen* stehen im Zentrum der politischen Kultur-, Demokratisierungs- und Extremismusforschung. Ältere Ansätze orientieren sich dabei an den Theorien und Instrumenten der Persönlichkeitspsychologie (u.a. Adorno et al. 1950, Eysenck 1954, für eine kognitionspsychologische Re-Interpretation vgl. Rokeach 1960), die davon ausgeht, dass bestimmte grundlegende, in der frühen Kindheit festgelegte und normalerweise gar nicht bewusste *Persönlichkeitseigenschaften* (vor allem Autoritarismus) die Bürger dazu disponieren können, demokratische oder undemokratische Ideen zu befürworten. Auch Lanes Studie ist, wie oben dargelegt, in Teilen noch deutlich von diesem Ansatz beeinflusst. In modernisierter Form wird dieses persönlichkeitspsychologische Forschungsprogramm bis in die Gegenwart fortgesetzt (vgl. z.B. Lederer 1995, Altemeyer 1996 und zuletzt Schumann 2001); dominierend ist jedoch seit Ende der 1960er Jahre die Vorstellung, dass für das Verhältnis zur Demokratie vor allem prinzipiell bewusste, abfragbare Einstellungen von Bedeutung sind.

Sowohl für den persönlichkeits- wie auch für den einstellungszentrierten Ansatz war das Verhältnis der Bürger zur Demokratie eine von ihrer parteipolitischen Ausrichtung weitgehend unabhängige Dimension. So argumentieren beispielsweise Seymour Martin Lipset und Earl Raab (1971) in einem klassischen Text, dass sich extremistische, d.h. anti-

pluralistische Ideen mit *jeder* Position auf dem klassischen Links-Rechts-Kontinuum verbinden können.<sup>3</sup> Für die deutsche Diskussion von größerer Bedeutung waren jedoch die Beiträge von Uwe Backes und Eckhard Jesse (u.a. Backes 1989, Backes und Jesse 1996). Diese gehen ebenfalls von einem zweidimensionalen Konzept aus, postulieren jedoch, dass beide Dimensionen (Links-Rechts-Position und Verhältnis zur liberalen, d.h. auf den Grundrechten basierenden Demokratie) nicht unabhängig voneinander sind: (Kommunistische) Ideologien am linken Rande des politischen Spektrums betonen den Wert der Gleichheit so stark, dass der Wert der Freiheit notwendigerweise nicht hinreichend berücksichtigt werden kann. Gleiches gilt sinngemäß für die Ideologien der (ethnischen) Ungleichheit am rechten Rand. Illustriert wird diese Hypothese durch das Bild des Hufeisens (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Das „Hufeisen-Schema“ nach Backes (1989: 252)

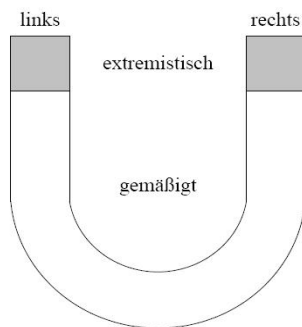


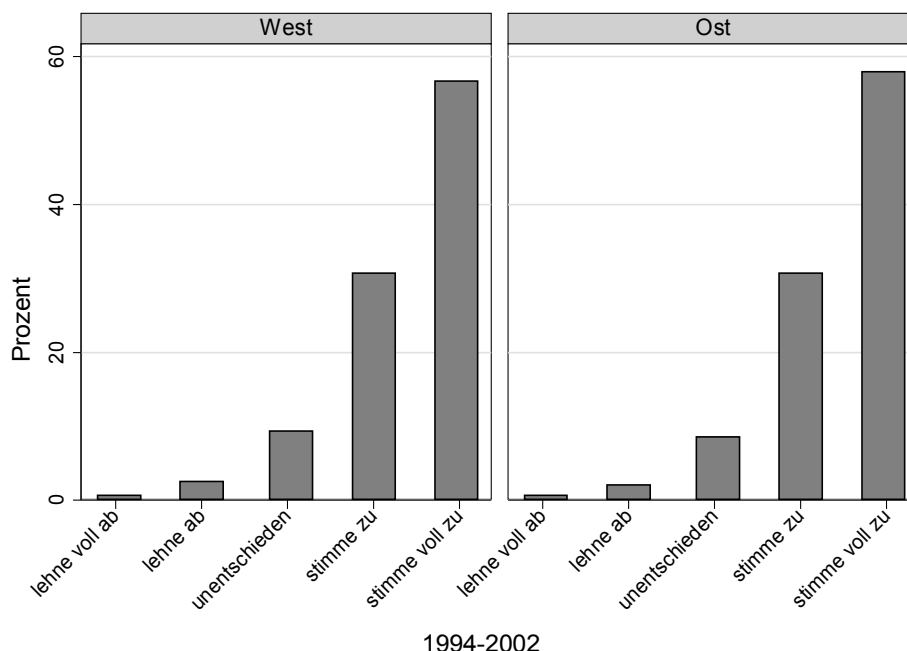
Abbildung 2:

Sowohl Lipset und Raab als auch Backes und Jesse beschäftigten sich erster Linie mit Ideen, die sie aus programmatischen Schriften extrahieren, die von Politikern, politischen Philosophen oder anderen Menschen, die sich quasi-professionell mit Politik auseinandersetzen, verfasst wurden und qualitativ analysiert werden. Forscher, die sich in der Tradition von Lane für das politische Denken der gewöhnlichen Bürger interessieren, haben hingegen ähnlich wie bereits Lane Einstellungsskalen entwickelt, mit deren Hilfe die Unterstützung für demokratische Ideen gemessen werden sollte. Als besonders einflussreich erwies sich dabei die von Max Kaase und Rudolf Wildenmann entwickelte *Demokratie-Skala* (Kaase 1971), die ursprünglich neun Items erfasste und später von Bürklin (1980) um drei zusätzliche Items erweitert wurde. Diese Fragen beziehen sich zum einen auf den Schutz von Minderheitenrechten („Jeder sollte das Recht haben, für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist“), zum anderen auf die Legitimität von und den Umgang mit gesellschaftlichen Konflikten („Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen“). Ursprünglich wurde die Skala zur Untersuchung eines studentischen Samples entwickelt; ein Großteil der Items wurde jedoch in den 1980er Jahren in das Frageprogramm des ALLBUS übernommen, sodass sich Aussagen über die Verteilungen der entsprechenden Items in der allgemeinen Bevölkerung treffen lassen. Dabei zeigte sich, dass pro-demokratische Aussagen in der

<sup>3</sup> Im Einklang damit interpretierte Lipset bereits 1960 in einem zentralen, wenn auch höchst kontroversen Beitrag den Nationalsozialismus als einen „Extremismus der Mitte“.

alten Bundesrepublik breite Befürwortung fanden: So stimmten 1982 und 1988 jeweils etwas mehr als die Hälfte dem Meinungsfreiheits-Item sehr stark zu, während ein weiteres Viertel der Befragten starke Zustimmung äußerte. Stark oder sehr stark abgelehnt wurde die Aussage hingegen nur von rund zwei Prozent der Bürger (vgl. Abb. 2).

*Abbildung 3:* Zustimmung zur Aussage „Jeder sollte das Recht auf Meinungsfreiheit haben, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist“ (Quelle: Eigene Berechnung aus ZA-Nr. 4301)



*Abbildung 4:*

Zudem wurde ein Teil der Items in identischer oder ähnlicher Form in weiteren Umfragen wie dem von Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel, Hans Rattinger und Karl Schmitt initiierten Projekt „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland 1994-2002“ (ZA-Nr. 4301) repliziert, sodass sich die Zustimmung zur Demokratie auch im Ost-West-Vergleich und über die Zeit untersuchen lässt. Abbildung 2 zeigt eine entsprechende Analyse für den Zeitraum von 1994-2002 und das Item zur Meinungsfreiheit. Aus ihr geht klar hervor, dass in beiden Regionen Deutschlands rund 90 Prozent dieser pro-demokratischen Aussage stark oder sehr stark zustimmen. Ähn-

lich hohe Zustimmungsraten zeigen sich bei der noch abstrakteren Frage nach der Zustimmung zur Demokratie als Staatsidee. Auffällig, wenn nicht beunruhigend ist allerdings die starke Gemeinwohlorientierung der Deutschen, die im Widerspruch zur liberal-demokratischen Idee und Praxis der freien Artikulation von Interessen steht. So stimmten in der gleichen Umfrage 1994 rund 43 Prozent der West- und etwas mehr als 50 Prozent der Ostdeutschen der Aussage zu, dass „die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft dem Allgemeinwohl schaden“. Das noch etwas extremer formulierte Item „Gruppen- und Verbandsinteressen sollten sich bedingungslos dem Allgemeinwohl unterordnen“ befürworteten über den gesamten Zeitraum von 1994 bis 2002 36 Prozent der West- und sogar 52 Prozent der Ostdeutschen. Vergleichbar starke Ost-West-Unterschiede zeigen sich übrigens auch bei solchen Items, die auf die Rolle des Staates und insbesondere auf die gewünschte Intensität staatlicher Eingriffe in die gesellschaftliche Entwicklung abzielen (vgl. zuletzt Arzheimer 2005 und Arzheimer/Rudi 2007).

Vor dem Hintergrund solcher Befunde stellt sich die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, die relativ allgemeinen Aussagen der Demokratie-Skalen, die sich von der Politischen Theorie ausgehend letztlich auf sehr abstrakte Prinzipien beziehen, durch Fragen zu konkreteren politischen Situationen zu ergänzen, in denen diese Prinzipien angewendet werden müssen. Dass es hier zu Konflikten (etwa zwischen der generellen Befürwortung der Meinungsfreiheit und der spezifischen Unterstützung für ein Verbot der kommunistischen Partei) kommen kann, die den normalen Bürger überfordern, hat bereits Lane selbst festgestellt und durch zahlreiche aufschlussreiche Zitate aus seinen offenen Interviews belegen können. Eine systematische Analyse dieser Probleme ist jedoch bislang ein Desideratum.

### 2.2.3 Ideologien und Sachfragen

Fragen nach der Rolle des (Wohlfahrts-)Staates leiten zum dritten der oben angesprochenen großen Forschungsstränge über, der sich weniger mit den Grundstrukturen des politischen Denkens bzw. des Staates als vielmehr mit den (wahrgenommenen) Gemeinsamkeiten zwischen einer großen Zahl von relativ spezifischen politischen Sachfragen befasst, die durch räumliche Metaphern (vor allem die oben bereits mehrfach angesprochene Links-Rechts-Dimension) beschrieben werden können. Der Ursprung dieser in den Köpfen der Politiker, Bürger und politischen Kommentatoren fest verankerten Einteilung der politischen Welt liegt einer populären Erklärung zufolge in der französischen Nationalversammlung von 1789, wo die entschieden revolutionären Abgeordneten sich zur Linken, die eher monarchistisch gesinnten Deputierten hingegen zur Rechten des Sitzungspräsidenten sammelten. Im Laufe des frühen 19. Jahrhunderts verfestigte sich dieser Parlamentsbrauch in Frankreich und wurde relativ bald darauf auch in anderen kontinentaleuropäischen Parlamenten, u.a. dem deutschen Paulskirchenparlament von 1848 übernommen.

Die systematische Nutzung der räumlichen Metapher für die Zwecke der wissenschaftlichen Analyse von Politik beginnt jedoch erst rund 100 Jahre später mit einem bahnbrechenden Artikel des Ökonomen Harold Hotelling (1929), der sich mit der Analyse des Verhaltens von zwei konkurrierenden Geschäften auf einer imaginären Einkaufsstraße befasst, wo die Kosten der Anfahrt für die Kunden nicht zu vernachlässigen sind, sodass ein

starker Anreiz besteht, beim jeweils nächstgelegenen Händler einzukaufen.<sup>4</sup> Im Ergebnis werden unter diesen Umständen *beide* Händler den Standort ihres Geschäftes möglichst nahe am Mittelpunkt der Einkaufsstraße bzw. am Zentrum der Verteilung ihrer potentiellen Kunden wählen. Wie Hotelling selbst bemerkt, steht die räumliche Distanz in diesem Gedankenexperiment stellvertretend für eine Vielzahl von Eigenschaften, durch die sich Wettbewerber voneinander unterscheiden bzw. aneinander annähern können. Als Beispiele nennt er die religiösen Lehren verschiedener protestantischer Denominationen, aber auch die Außenhandelspolitik der beiden relevanten US-amerikanischen Parteien. Ganz gleich, ob es um Mineralwasser, Religion oder Politik geht – in jedem Fall werden sich Hotelling zufolge die „Kunden“ jenem „Anbieter“ zuwenden, der ihrem eigenen Standort am nächsten liegt, während – zumindest im Falle eines Duopols – für die Wettbewerber ein großer Anreiz besteht, sich möglichst weit aufeinander zu bewegen.

Diese Überlegungen wurden nochmals rund 30 Jahre später von Anthony Downs in seiner „Ökonomischen Theorie der Demokratie“ (1957) aufgegriffen und systematisch erweitert (vgl. dazu ausführlich Arzheimer/Schmitt 2005). Von den traditionellen Ansätzen der politischen Soziologie unterscheidet sich das Konzept von Downs dadurch, dass er sowohl die Bürger als auch die Politiker als Akteure betrachtet, die sich rein *zweckrational* verhalten, also stets diejenige Handlungsoption wählen, die mit Blick auf die eigenen Ziele optimal ist. Für die Parteien bedeutet dies, dass ihr Verhalten ausschließlich darauf abzielt, ihren Stimmenanteil bzw. die Zahl der von ihnen besetzten Regierungsämter zu maximieren, während die Bürger stets für jene Partei stimmen, von deren Regierungstätigkeit sie sich auf Grund der ihnen vorliegenden Informationen den größten *Nutzen* erwarten. Von entscheidender Bedeutung für diesen Nutzen sind naturgemäß die jeweiligen Positionen der Parteien zu genau definierten politischen Sachfragen („issues“).

Solange man davon ausgeht, dass Bürger und Politiker analog zu den Modellannahmen der klassischen Ökonomie vollständig informiert sind, gibt es in dieser leidenschaftslosen politischen Modellwelt keinen Platz für Ideologien und Symbole. Downs selbst weist jedoch darauf hin, dass reale politische Akteure typischerweise mangelhaft informiert sind und die Beschaffung von zusätzlichen Informationen kostspielig ist, aber kaum zusätzlichen Nutzen bringt. Zudem handeln Bürger (und Parteien!) stets unter *Unsicherheit*: Selbst ein prinzipienstarker Regierungschef, der ohne Rücksicht auf parlamentarische Mehrheiten und andere Institutionen handeln kann, wird normalerweise nicht in der Lage sein, jene und nur jene Maßnahmen durchzuführen, die im Wahlprogramm angekündigt waren, weil sich die politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse ständig ändern und jederzeit neue Probleme auftreten können, die zum Zeitpunkt der Wahl noch nicht absehbar waren. Selbst dann, wenn ein Bürger bereit wäre, sich Kenntnis über das zukünftige Handeln der Parteien zu verschaffen, sind die entsprechenden Informationen deshalb häufig nicht verfügbar.

Ideologien, die Downs (1957: 96) im Einklang mit den bisher vorgestellten Ansätzen als „image[s] of the good society and of the chief means of constructing such a society“ definiert, können jedoch dazu beitragen, diese Probleme abzumildern, indem sie die kognitiven Kosten der politischen Entscheidungsfindung reduzieren: Wenn jeder der relevanten Parteien eine Ideologie zugeordnet werden kann, von der jeweils bestimmte soziale Gruppen profitieren werden, ist es für viele Wähler nicht mehr nötig, sich über jede einzelne Sachaussage der Parteien zu informieren. Auch für die Parteien bedeutet die Festlegung auf

---

<sup>4</sup> Hierbei wird vorausgesetzt, dass sich die Preise nicht stark unterscheiden. Dieser Punkt spielt bei der Übertragung auf die Sphäre des Politischen jedoch keine Rolle.

eine Ideologie eine enorme Erleichterung: Hat sich eine Partei erst einmal für eine Ideologie entschieden, von der sie erwartet, dass diese eine optimale Kombination sozialer Gruppen anspricht, so muss sie nicht mehr bei jeder einzelnen (möglicherweise neuen) Sachfrage festlegen, mit welcher Position sie möglichst viele Wähler für sich gewinnen könnte, sondern kann stets für den Standpunkt plädieren, der in Übereinstimmung mit der bereits beschlossenen Ideologie steht (Downs 1957: 99).

Besonders nützlich sind aus dieser Perspektive solche Ideologien, die sich auf politische Grundfragen („superissues“) beziehen, die mit einer Vielzahl von weiteren, logisch nachgeordneten Streitfragen in Zusammenhang stehen. Als Beispiel dafür nennt Downs die ökonomische Links-Rechts-Dimension, d.h. die Frage, inwieweit der Staat in den ökonomischen Prozess eingreifen soll. Die Idealvorstellungen der Wähler und die programmatischen Angebote der Parteien bezüglich dieser Frage können als Punkte in einem Kontinuum mit den Extrempolen „Planwirtschaft“ und „Laissez-faire“ dargestellt werden. Für die Wähler bedeutet dies eine immense Reduktion ihrer Informations- und Entscheidungskosten, da sich die Bewertung der Parteien auf diese Weise radikal vereinfachen lässt: Eine Partei, deren ideologische Position mit dem eigenen Idealpunkt zusammenfällt, bietet einem Wähler den maximalen Nutzen; je stärker die ideologische Position der Partei vom eigenen Standpunkt abweicht, desto geringere Vorteile sind von dieser Partei zu erwarten. Auch für die Parteien ist die Existenz einer einheitlichen ideologischen Dimension mit großen Vorteilen verbunden, da sie sich nun – analog zu den von Hotelling genannten Beispielen – an der vergleichsweise leicht zu ermittelnden Verteilung der Wähler über das ideologische Kontinuum orientieren können, um ihren Stimmenanteil zu maximieren.

Für ein Zwei-Parteien-System prognostiziert Downs – wiederum in Übereinstimmung mit Hotelling – eine starke zentripetale Tendenz, da für beide Parteien große Anreize bestehen, sich auf die Mitte der Verteilung, den sogenannten Median zu bewegen.<sup>5</sup> In der Praxis sind dieser Tendenz allerdings Grenzen gesetzt, da bei einer zu starken Annäherung u.a. die Gefahr von Neugründungen am Rande des politischen Spektrums besteht und die Parteien an Glaubwürdigkeit verlieren würden (Downs 1957: 117-122). Für Mehrparteiensysteme kann ohnehin kein „genereller Trend zur Medianposition“ vorausgesetzt werden (Pappi 2000: 98).

Wie Downs selbst feststellt (1957: 116) ist die von ihm vorgeschlagene räumliche Analogie allerdings stark eingeschränkt, da sie nur eine einzige Dimension umfasst. Dies wäre nur dann angemessen, wenn sich aus der Position eines Akteurs bezüglich der ökonomischen Links-Rechts-Achse seine Position bezüglich *aller* relevanten Streitfragen näherungsweise ableiten ließe. Tatsächlich nehmen Parteien und Wähler jedoch häufig bezüglich eines Politikfeldes eine „linke“, in einem anderen Bereich eine „rechte“ Position ein, ohne dass dies zu inhaltlichen Widersprüchen führen muss. In Anschluss an Downs wurden deshalb eine Reihe von Erweiterungen seines Modells vorgeschlagen, unter denen die von James M. Enelow und Melvin J. Hinich (1982) entwickelte „Spatial Theory of Voting“ eine zentrale Rolle einnimmt. In dieser Monographie skizzieren beide Autoren ein mathematisches Modell, das eine prinzipiell beliebig große Zahl von ideologischen Dimensionen zulässt, der Tatsache Rechnung trägt, dass die Wähler diesen Dimensionen ein je

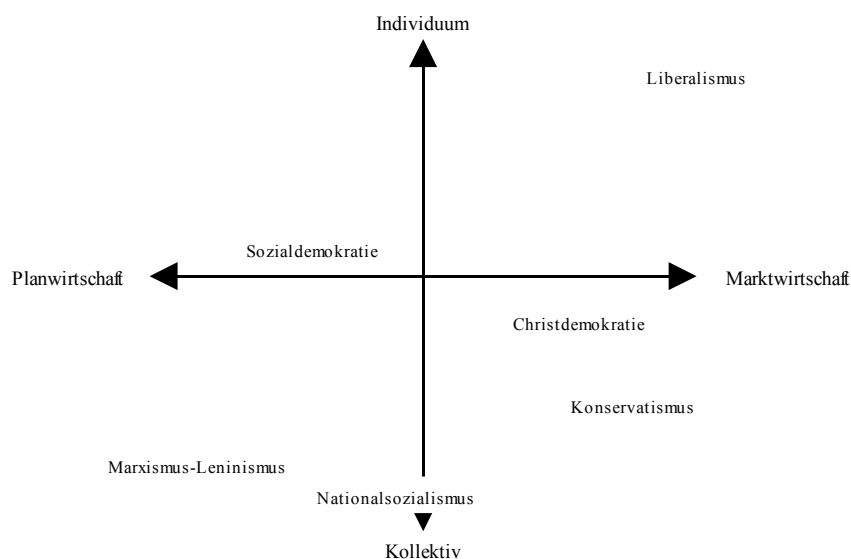
---

<sup>5</sup> Die Mitte der Verteilung muss keineswegs mit der Mitte der entsprechenden Dimension übereinstimmen: Wenn sich die Mehrzahl der Wähler im linken Teil des politischen Spektrums bewegt, liegt der Median im prosozialistischen Bereich.

unterschiedliches Gewicht beimessen können und überdies die Möglichkeit berücksichtigt, dass die Bewertung einer Partei auf einer Dimension einen Einfluss auf die Bewertung auf einer anderen Dimension haben kann.

Besonders klar lässt sich die Notwendigkeit einer solchen mehrdimensionalen Konzeption des ideologischen Raumes an der Rolle der FDP in der von 1982-1998 amtierenden Kohl-Regierung demonstrieren: Hier standen die Liberalen in der Sozial-, Steuer-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik tendenziell rechts, in der Asyl-, Ausländer, Frauen- und Rechtspolitik hingegen links von den Unionsparteien. Dieses einfache Beispiel zeigt, dass der ideologische Raum in Deutschland mindestens zwei Dimensionen aufweisen muss. Zugleich scheint aber die Gesamtzahl der relevanten Dimensionen nicht allzu groß zu sein.

*Abbildung 5:* Einordnung einiger ideologischer Hauptströmungen des 19. und 20. Jahrhunderts in einen zweidimensionalen ideologischen Raum



*Abbildung 6:*

Dies deckt sich mit den Ergebnissen einer Reihe von analytischen und empirischen Studien (u.a. Kitschelt 1994, Warwick 2002), die zeigen, dass der politische Wettbewerb in der Mehrzahl der westeuropäischen Gesellschaften von zwei bis drei Dimensionen strukturiert wird. Dabei handelt es sich zum einen um die oben diskutierte ökonomische Links-Rechts-Dimension, die nach wie vor von großer politischer Bedeutung ist. Sie wird durch eine zweite Konfliktdimension ergänzt, die allerdings weniger klar definiert ist und sich auf die Frage bezieht, wie politische Entscheidungen getroffen werden, welchen Gruppen welche Bürgerrechte zuerkannt werden und inwieweit soziale und politische Institutionen in das Leben der Bürger eingreifen dürfen. Diese zweite ideologische Dimension wird in der Lite-

ratur als „libertär-autoritäre“ Konfliktachse (Kitschelt 1994) oder als Dimension der „sozialen Kontrolle“ (Warwick 2002) bezeichnet. In der deutschen Diskussion hat sich der Begriff „gesellschaftspolitische Links-Rechts-Achse“ eingebürgert. All diese relativ unscharfen Bezeichnungen tragen der Tatsache Rechnung, dass hier weitaus mehr Unklarheit darüber besteht, welche politischen Pläne sich mit einer bestimmten Position auf dieser Dimension verbinden. Zudem gibt es Hinweise darauf, dass sich diese zweite ideologische Dimension weiter aufspalten lässt.

Dennoch ist ein solches zweidimensionales Schema überaus nützlich, da sich mit seiner Hilfe ein beträchtlicher Teil der politischen Konflikte beschreiben lässt, die das Leben in den westlichen Demokratien bestimmen. Exemplarisch zeigt sich dies in Abbildung 3, die einige der in Abschnitt 2.1.2 diskutierten ideologischen Hauptströmungen auf eine Fläche projiziert, die von einer ökonomischen und einer gesellschaftspolitischen Achse aufgespannt wird. Dabei sollten die jeweiligen Koordinaten der Ideologien nicht im Sinne einer absoluten Einordnung missverstanden werden. Vielmehr geht es hier einfach nur darum aufzuzeigen, dass sich a) mit Hilfe dieses einfachen Schemas Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den großen Strömungen identifizieren lassen und dass b) nach wie vor ein enger Zusammenhang zwischen den ideologischen Ansätzen des 19. und 20. Jahrhunderts und den politischen Fragen der Gegenwart besteht.

Abbildung 7: Links-Rechts-Selbsteinstufung in der Bundesrepublik 1994-2002 (Quelle: Eigene Berechnung aus ZA-Nr. 4301)

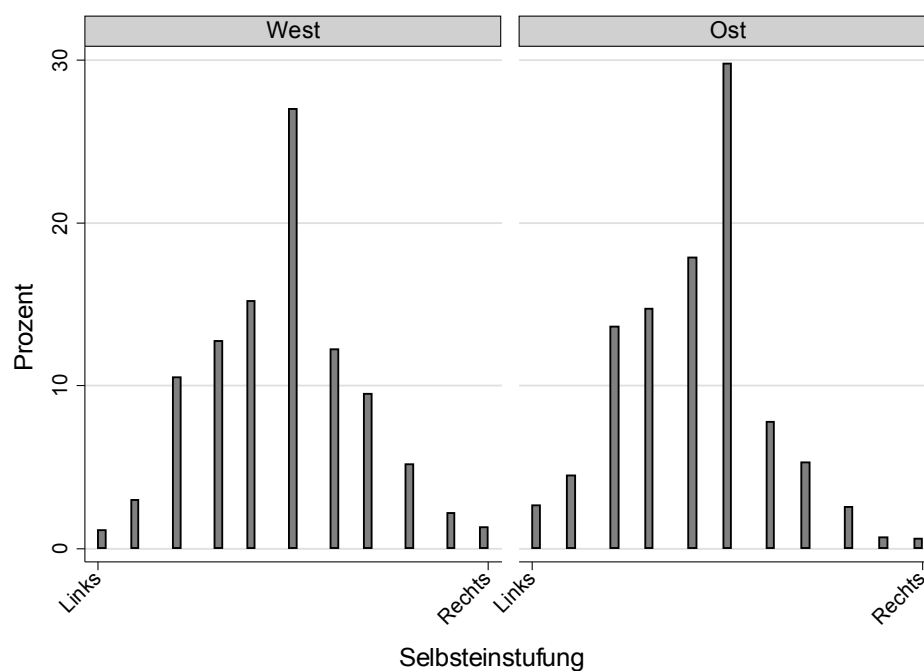


Abbildung 8:

Dennoch lässt sich nicht bestreiten, dass die von Downs und Hotteling begründete Konzeption von Ideologien sich klar von der traditionellen soziologischen Perspektive unterscheidet. Während dort politische Ideen als wirkungsmächtige Symbole betrachtet werden, die an tiefverwurzelte Werte und Loyalitäten appellieren und die Wahrnehmung der politischen Welt kolorieren, betrachtet die auf Downs zurückgehende Forschungsrichtung Ideologien in erster Linie als nützliche Heuristiken, die die Kosten für den Erwerb und die Verarbeitung politischer Informationen reduzieren. Hinter diesen beiden Sichtweisen stehen je unterschiedliche Menschenbilder, die in der Literatur mit den Schlagworten „homo sociologicus“ und „homo oeconomicus“ beschrieben werden (siehe dazu bspw. Lindenberg 1985).

Unabhängig davon hat sich die Verwendung räumlicher Metaphern auf breiter Front durchgesetzt. Auch solche Forscherinnen und Forscher, die sich selbst nicht dem Rational-Choice-Paradigma zuordnen, nutzen häufig entsprechende Instrumente zur Einordnung von Bürgern, Parteien und politischen Texten. Dies dürfte nicht zuletzt daran liegen, dass Bürger und Politiker wie oben erwähnt selbst ständig auf diese Kategorien zurückgreifen, um über Politik nachzudenken. So sahen sich in der bereits oben verwendeten Umfrage jeweils rund 90 Prozent der Befragten in der Lage, ihre eigene Position auf einer globalen Links-Rechts-Skala anzugeben (vgl. Abbildung 4).<sup>6</sup> Dabei zeigte sich erwartungsgemäß, dass die linke Mitte in Ostdeutschland etwas stärker, die rechte Mitte hingegen etwas schwächer besetzt ist als in der alten Bundesrepublik. Dies deckt sich einerseits mit der aus der Literatur bekannten Präferenz der Ostdeutschen für ein stärkeres Eingreifen des Staates in die Gesellschaft (vgl. zuletzt Arzheimer 2005). Andererseits ist aber zu bedenken, dass sich in der Links-Rechts-Selbsteinstufung neben im eigentlichen Sinne ideologischen, d.h. themenbezogenen Komponenten stets auch gruppenbezogene Aspekte und Wahlabsichten widerspiegeln (Jagodzinski/Kühnel 1994).

*Abbildung 9:* Links-Rechts-Einstufung der Parteien in der Bundesrepublik 1998-2002  
(Quelle: Eigene Berechnung aus ZA-Nr. 4301)

---

<sup>6</sup> Das hier verwendete Item „In der Politik reden die Leute häufig von „Links“ und „Rechts“. Wenn Sie diese Skala von 1 bis 11 benutzen, wo würden Sie sich selbst einordnen, wenn 1 links und 11 rechts ist?“ kann als Standardinstrument gelten, das in sehr ähnlicher Form auch im ALLBUS und einer Reihe weiterer Umfragen verwendet wird.

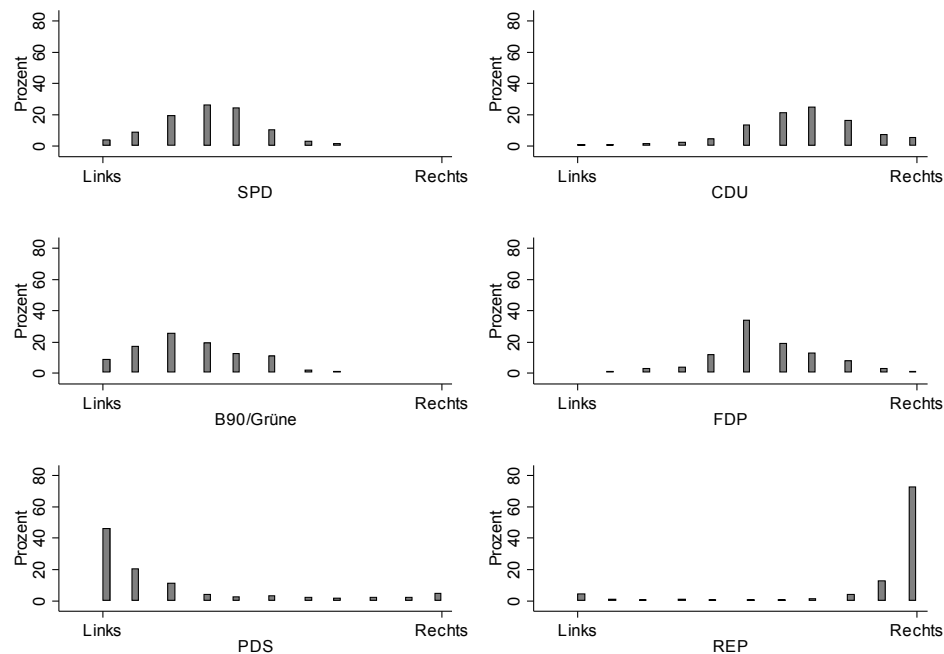


Abbildung 10:

Darüber hinaus fällt auf, dass sich in beiden Landesteilen jeweils knapp 30 Prozent der Befragten exakt in der Mitte des politischen Spektrums einstufen. In einer Gesellschaft, die nach den Katastrophen des 20. Jahrhunderts die politischen Extreme mit Argwohn betrachtet, liegt es prinzipiell nahe, dies als eine subtile Form der Antwortverweigerung zu deuten: Möglicherweise ist ein Teil dieser Gruppe nicht willens oder in der Lage, eine ideologische Aussage über sich selbst zu treffen, und wählt deshalb die neutrale Antwortkategorie. Zumindest die letztgenannte Variante erscheint allerdings eher unwahrscheinlich, da die überwältigende Mehrheit der Befragten die relevanten Parteien sinnvoll in das Links-Rechts-Schema einordnen kann (vgl. Abbildung 5): Grüne, SPD, FDP und CDU werden von der übergroßen Mehrheit der Respondenten jeweils mehr oder minder weit links bzw. rechts der Mitte platziert, während die beiden Flügelparteien PDS und Republikaner ebenfalls mehrheitlich den Rändern des politischen Spektrums zugeordnet werden. Insgesamt deckt sich diese aggregierte Anordnung der Parteien weitgehend mit entsprechenden Expertenurteilen. Allerdings ist damit die Frage, welche individuellen (Fehl-)Einschätzungen sich hinter diesen globalen Ergebnissen verbergen, noch nicht beantwortet. Eine einfache Möglichkeit, sich diesem Punkt anzunähern, besteht darin, beispielsweise die Einzelaussagen zu den Grünen und zur FDP miteinander zu vergleichen, da es weder im wirtschafts- noch im gesellschaftspolitischen Bereich plausible Argumente dafür gibt, die Grünen *rechts* von der FDP einzustufen. Unabhängig davon, für welche Skalenpunkte sich ein Befragter konkret entscheidet, müsste deshalb für die Grünen stets ein niedrigerer Wert als für die FDP vergeben werden.

Tatsächlich ordnen allerdings rund sieben Prozent der Respondenten die Grünen rechts von der FDP ein, wobei die wahrgenommene Distanz zwischen beiden Parteien meist weniger als drei Skalenpunkte beträgt. Weitere acht Prozent der Befragten sehen auf der Links-Rechts-Achse keinen Unterschied zwischen beiden Parteien, während die überwältigende Mehrheit von 85 Prozent der Bürger die FDP mehr oder minder klar rechts von den Grünen sieht. Noch deutlicher sind die Ergebnisse für die relativen Positionen von Grünen und CDU: Weniger als sechs Prozent der Befragten sehen die Grünen rechts von der CDU, weitere vier Prozent der Bürger plazieren beide Parteien an einer identischen Position.

Einen letzten Beleg dafür, dass die Wahlberechtigten in der Lage sind, ideologische Kriterien anzuwenden, um die politische Landschaft sinnvoll zu strukturieren, liefern sogenannte dimensionsreduzierende Verfahren wie die Faktorenanalyse und die Multidimensionale Skalierung (MDS, vgl. Borg/Groenen 1997). Diese zielen darauf ab, einfache Strukturen aufzudecken, die hinter den politischen Einstellungen der Bürger, den Wahlprogrammen der Parteien oder der Einstufung von Parteien durch Wähler oder Experten stehen. Dabei bilden sie mathematisch jenen Prozess der Informationsverdichtung nach, den Bürger und Parteien täglich anwenden, wenn sie Politik unter ideologischen Gesichtspunkten betrachten. Abbildung 6 zeigt, getrennt für Ost- und Westdeutschland, die Ergebnisse einer solchen MDS von Werturteilen der Bürger über die Parteien. Ausgangspunkt für die Analyse war eine denkbar allgemeine Frage: „Was halten Sie von der CDU, CSU, SPD, FDP ...“. Für jede der genannten Parteien konnten die Befragten auf einer elfstufigen Skala ein mehr oder minder positives Urteil abgeben, ohne dass dabei ideologische oder andere inhaltliche Aspekte angesprochen wurden. Ausgehend von der Überlegung, dass zwei Parteien, die von den Bürgern beide eher positiv oder eher negativ wahrgenommen werden, aus Sicht der Befragten einander in irgendeiner Form ähneln müssen, wurden aus diesen Bewertungen anschließend die perzipierte Distanzen zwischen den Parteien errechnet. Bei sieben Parteien ergeben sich insgesamt 21 Paare von Parteien, für die ein solcher Abstand bekannt ist. Diese 21 Abstände werden anschließend von einem Computeralgorithmus so in einen niedrigdimensionalen Raum (in der Regel einfach eine zweidimensionale Fläche) projiziert, dass die Distanzen zwischen den Parteien möglichst gut erhalten bleiben.<sup>7</sup>

*Abbildung 11:* Wahrnehmung der Parteien in einem ideologischen Raum in West- und Ostdeutschland, 1998-2002 (Quelle: Eigene Berechnung aus ZA-Nr. 4301)

---

<sup>7</sup> Im konkreten Fall gelingt dies in Westdeutschland sehr, in Ostdeutschland immer noch relativ gut. Dabei ist zu berücksichtigen, dass hier die Ergebnisse von zwei Befragungen (1998 und 2002) zusammengefasst wurden, um eine möglichst große Fallzahl zu erhalten. Durch eine getrennte Analyse der in den neuen Ländern stärker schwankenden Bewertungen ließe sich hier vermutlich eine noch bessere Anpassung erreichen.

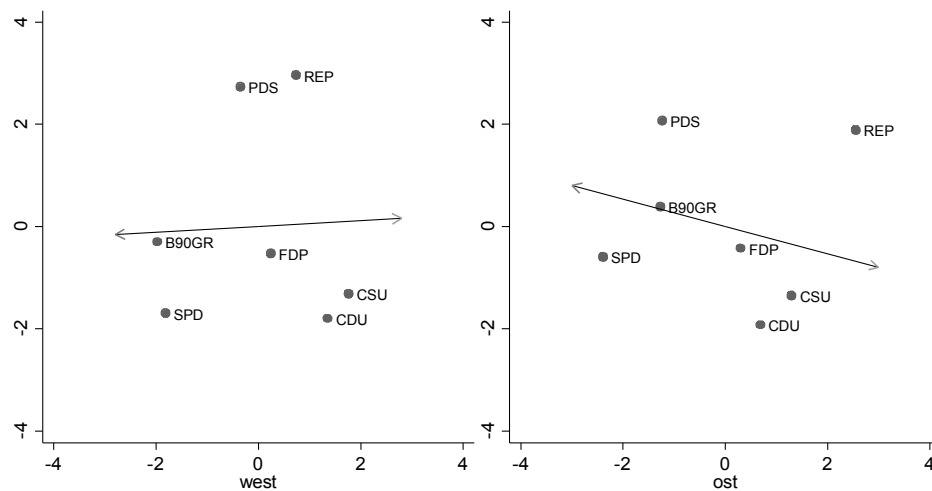


Abbildung 12:

Je näher die Punkte, die die Parteien repräsentieren, beieinander liegen, desto ähnlicher sind die entsprechenden Parteien einander in den Augen der Bürger. Vergleicht man die beiden Grafiken für Ost- und Westdeutschland miteinander, so ist klar zu erkennen, dass die Schwesterparteien CDU und CSU als sehr ähnlich, wenn auch keineswegs als identisch wahrgenommen werden. Ebenfalls deutlich zu erkennen ist, dass SPD und Grüne in derselben Region platziert werden und die FDP eine Mittelstellung zwischen den Unionsparteien und diesem „Lager“ einnimmt. Ein bemerkenswerter Ost-West-Unterschied zeigt sich jedoch bei den Positionen von Republikanern und PDS. In beiden Landesteilen ist die Distanz zwischen den Flügelparteien und allen anderen Gruppierungen recht groß. Im Osten rückt die PDS in den Augen der Bürger allerdings erkennbar an SPD und Grüne heran, während sie von der CDU/CSU und den Republikanern weit entfernt bleibt. Im Westen hingegen werden PDS und Republikaner als relativ ähnliche Parteien empfunden, die sich beide deutlich von allen anderen Parteien unterscheiden.

Damit ist allerdings noch nichts über die inhaltliche Bedeutung der beiden Dimensionen gesagt, die diesen psychologischen Wahrnehmungsraum der Bürger aufspannen. Eine Möglichkeit, die Interpretation solcher Grafiken zu erleichtern, besteht darin, auf externe Informationen über die Parteien zurückzugreifen und diese als Vektor in den Raum zu projizieren.

Die beiden Doppelpfeile in Abbildung 6 repräsentieren solche externen Informationen, nämlich die unabhängig von den Bewertungen erhobene globale Links-Rechts-Einstufung der Parteien. Sofern die Bürger bei der Beurteilung der Parteien auf ideologische Kriterien

zurückgreifen, müssten sich linke Parteien tendenziell auf der Höhe der linken, rechte Parteien hingegen auf Höhe<sup>8</sup> der rechten Pfeilspitze wiederfinden. Wie unschwer zu erkennen ist, trifft dies zumindest für die etablierten Parteien zu: In beiden Regionen werden SPD und Grüne eher am linken, CDU und CSU eher am rechten Ende eingeordnet, während die FDP eine Mittelstellung einnimmt. Zumindest in Ostdeutschland ist auch die relative Position von PDS und Republikanern zu dieser Links-Rechts-Achse plausibel, d.h. die (mittlere) Bewertung aller sieben Parteien ist in hohem Maße mit deren (mittlerer) Links-Rechts-Einstufung korreliert. In der alten Bundesrepublik hingegen befindet sich die PDS zu nahe am Mittelpunkt der Links-Rechts-Achse, was sich letztlich durch die große Zahl von negativen Bewertungen erklärt, die weitgehend unabhängig von den Bewertungen der etablierten Parteien sind: Trotz der (relativen) ideologischen Nähe von PDS zu Grünen und zur SPD unterscheiden sich die Postsozialisten in den Augen der Westdeutschen so deutlich von den beiden anderen linken Parteien und sind andererseits den Republikanern so ähnlich, dass sie nicht näher an der linken Pfeilspitze platziert werden können.<sup>9</sup>

Im Ergebnis sind diese Befunde ein starker Hinweis darauf, dass die Bürger bei der Beurteilung von Parteien auch dann auf ideologische Kriterien zurückgreifen, wenn ihnen keinerlei inhaltliche Vorgaben gemacht werden. In Ostdeutschland gilt dies für alle, in der alten Bundesrepublik zumindest für jene Parteien, die vor der Wiedervereinigung im Bundestag vertreten waren.

#### 2.2.4 Ausblick

Der auf Robert Lane zurückgehenden Tradition folgend, standen individuelle ideologische Einstellungen, die zumindest potenziell Einfluss auf das politische Handeln der Bürger haben, im Zentrum dieses Beitrages. Dies entspricht auch dem Forschungsinteresse der Mehrzahl derer, die sich mit diesem Gegenstand beschäftigen. Dennoch soll abschließend noch einmal explizit auf zwei Punkte hingewiesen werden, die bisher nur am Rande angesprochen wurden. Zum einen beschränkt sich die Beschäftigung mit der Position von Parteien in einem ideologischen Raum keineswegs auf die Analyse der Wahrnehmungen von Bürgern oder Experten. Vielmehr existiert eine lange Tradition der quantitativen Analyse von Parteiprogrammen, die eine relativ objektive Einordnung der Parteien und damit zugleich einen Vergleich von politischen Absichtserklärungen und tatsächlichem Regierungshandeln gestattet, die erstaunlich bzw. erfreulich eng miteinander verknüpft sind (vgl. zusammenfassend Klingemann/Bara/Volkens et al. 2006).

Zum anderen hat sich die Forschung nicht nur mit dem politischen Denken der Bürger, sondern auch mit den Überzeugungen der Eliten befasst (vgl. dazu ausführlich den Beitrag von Viktoria Kaina in diesem Band). Eine Sonderstellung nehmen dabei die Parteimitglieder ein, weil sie letztlich für die ideologische Positionierung ihrer Partei verantwortlich sind. Befragungen von Parteimitgliedern zeigen, dass diese in hohem Maße und relativ konsistent ideologisch denken. Dies gilt insbesondere für die mittlere Führungsebene der Partei, die häufig zum Radikalismus neigt, während einfache Parteimitglieder ebenso wie die Spitzenkräfte der Partei in ihren Überzeugungen den zumeist moderateren und

---

<sup>8</sup> Präziser: Fällt man von dem Punkt, der eine Partei repräsentiert, das Lot auf den Doppelfeile, so sollte sich der Schnittpunkt in der Nähe der Pfeilspitzen befinden.

<sup>9</sup> Die zweite Dimension des Wahrnehmungsraumes lässt sich vor diesem Hintergrund am plausibelsten als „Grad der Etabliertheit“ interpretieren.

ideologisch weniger festgelegten Wählern der Partei näherstehen (vgl. zusammenfassend Kennedy et al. 2006).

### 3 Fazit

Ziel dieses Beitrages war es, dem Leser einen Überblick über die Entwicklung, Verwendung und Bedeutung des Ideologiebegriffes in der politischen Soziologie zu geben. Dabei hat sich gezeigt, dass sich deren Betrachtungsweise naturgemäß von der Perspektive der Ideengeschichte unterscheidet. Dennoch bestehen nach wie vor enge Zusammenhänge zwischen den „großen Ideen“ des 19. und 20. Jahrhunderts und den politischen Einstellungen, Aussagen und Positionen, mit denen sich die empirische Forschung der Gegenwart beschäftigt. Überdies überschneidet sich das Gebiet der Ideologieforschung mit einer ganzen Reihe von Teil- und Nachbardisziplinen der politischen Soziologie, insbesondere mit der Wahl- und der Werteforschung (vgl. die Beiträge von Harald Schoen und Christian Welzel in diesem Band). Die Beschäftigung mit Ideologien kann deshalb als einer der zentralen Bereiche des Faches gelten.

### 4 Literatur

- Adorno, Theodor W./Else Frenkel-Brunswik/Daniel J. Levinson, et al., 1950: *The Authoritarian Personality*. New York: Harper
- Almond, Gabriel A./Sidney Verba, 1963: *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Boston: Little, Brown and Company
- Altemeyer, Bob, 1996: *The Authoritarian Specter*. Cambridge : Harvard University Press.
- Arzheimer, Kai, 2005: Gesellschaftliche Wertorientierungen, Staatszielvorstellungen und Ideologien, in: Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Rattinger, Hans (Hrsg.): *Wächst zusammen, was zusammen gehört?* Baden-Baden: Nomos, 285-313
- Arzheimer, Kai/Tatjana Rudi, 2007: „Wertorientierungen und ideologische Einstellungen“, in: Rattinger, Hans/Gabriel, Oscar W./Falter, Jürgen W. (Hrsg.): *Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland*. Baden-Baden: Nomos, 167-187.
- Arzheimer, Kai/Annette Schmitt, 2005: Der ökonomische Ansatz, in: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS, 243-303
- Backes, Uwe, 1989: *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Backes, Uwe/Eckhard Jesse, 1996: *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Vierte, völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung
- Baradat, Leon P., 2006: *Political Ideologies. Their Origins and Impact*. Upper Saddle River: Prentice Hall.
- Bell, Daniel, 1960: *The End of Ideology. On the Exhaustion of Political Ideas in the Fifties*. New York: Collier
- Beyme, Klaus von, 2002: *Politische Theorien im Zeitalter der Ideologien. 1789 - 1945*. Wiesbaden: VS.
- Borg, Ingwer/Patrick Groenen, 1997: *Modern Multidimensional Scaling. Theory and Applications*. New York, Berlin, Heidelberg u.a.: Springer
- Converse, Philip E., 1964: The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: Apter, David E. (Hrsg.): *Ideology and Discontent*. New York: Free Press, 206-261

- Downs, Anthony, 1957: *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper
- Eccleshall, Robert, 2003a: Conservatism, in: Eccleshall, Robert/Wilford, Rick/Geoghegan, Vincent, et al. (Hrsg.): *Political Ideologies. An Introduction*. London: Routledge, 47-72
- Eccleshall, Robert, 2003b: Liberalism, in: Eccleshall, Robert/Wilford, Rick/Geoghegan, Vincent, et al. (Hrsg.): *Political Ideologies. An Introduction*. London: Routledge 17-46
- Enelow, James M./Melvin J. Hinich, 1984: *The Spatial Theory of Voting. An Introduction*. Cambridge, London, Melbourne: Cambridge University Press
- Eysenck, Hans Jürgen, 1954: *The Psychology of Politics*. London: Routledge, K. Paul.
- Festenstein, Matthew/Michael Kenny, 2005: *Political Ideologies. A Reader and Guide*. Oxford: Oxford University Press.
- Finlayson, Alan, 2003: Nationalism, in: Eccleshall, Robert/Wilford, Rick/Geoghegan, Vincent, et al. (Hrsg.): *Political Ideologies. An Introduction*. London: Routledge 97-118
- Freeden, Michael, 2003: *Ideology. A Very Short Introduction*. Oxford u.a.: Oxford University Press
- Fuchs, Dieter/Steffen M. Kühnel, 1994: Die evaluative Bedeutung ideologischer Selbstidentifikation, in: Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 217-252
- Geertz, Clifford, 1973: *The Interpretation of Cultures*. New York: Basic Books
- Geoghegan, Vincent, 2003: Conservatism, in: Eccleshall, Robert/Wilford, Rick/Geoghegan, Vincent, et al. (Hrsg.): *Political Ideologies. An Introduction*. London: Routledge, 73-96
- Heywood, Andrew, 2003: *Political Ideologies. An Introduction*. Basingstoke: Palgrave Macmillan
- Hotelling, Harold, 1929: Stability in Competition, in: *The Economic Journal* 39:153, 41-57.
- Jagodzinski, Wolfgang/Steffen M. Kühnel, 1994: Bedeutungsvarianz und Bedeutungswandel der Richtungsbegriffe "links" und "rechts", in: Rattinger, Hans/Gabriel, Oscar W./Jagodzinski, Wolfgang (Hrsg.): *Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland*. Frankfurt/Main u.a., 317-367
- Kaase, Max, 1971: Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Wildenmann, Rudolf (Hrsg.): *Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik Bd. 2*. München: Olzog, 119-229
- Kennedy, Fiachra/Pat Lyons/Peter Fitzgerald, 2006: Pragmatists, Ideologues and the General Law of Curvilinear Disparity: The Case of the Irish Labour Party, in: *Political Studies* 54, 786-805.
- Kitschelt, Herbert, 1994: *The Transformation of European Social Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press
- Klingemann, Hans-Dieter/Andrea Volkens/Judith Bara, et al., 2006: *Mapping Policy Preferences II. Comparing 24 OECD and 24 CEE Countries, 1990-2003*. Oxford u.a.: Oxford University Press.
- Lane, Robert E., 1962: *Political Ideology. Why the American Common Man Believes What He Does*. New York: Free Press
- Lederer, Gerda (Hrsg.) (1995). *Autoritarismus und Gesellschaft. Trendanalysen und vergleichende Jugenduntersuchungen 1945 - 1993*. Opladen, Leske und Budrich.
- Lindenberg, Siegwart, 1985: An Assessment of the New Political Economy: Its Potential for the Social Sciences and for Sociology in Particular, in: *Sociological Theory* 3, 99-114.
- Lipset, Seymour Martin, 1960: *Political Man. The Social Bases of Politics*. Garden City: Doubleday
- Lipset, Seymour Martin/Earl Raab, 1971: *The Politics of Unreason. Right-Wing Extremism in America, 1790-1970*. London: Heinemann.
- Mannheim, Karl, 1936: *Ideology and Utopia. An Introduction to the Sociology of Knowledge*. London: Routledge & Kegan Paul
- Neuman, Russell W., 1986: *The Paradox of Mass Politics. Knowledge and Opinion in the American Electorate*. Cambridge, London: Harvard University Press
- Pappi, Franz Urban, 2000: Zur Theorie des Parteienwettbewerbs, in: Klein, Markus/Jagodzinski, Wolfgang/Mochmann, Ekkehard, et al. (Hrsg.): *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklungen, Befunde, Perspektiven, Daten*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 85-105

- Prowe, Diethelm, 1994: "Classic" Fascism and the New Radical Right in Western Europe: Comparisons and Contrasts, in: Contemporary European History 3, 289-313.
- Rokeach, Milton, 1960: The Open and the Closed Mind. Investigations into the Nature of Belief Systems and Personality Systems. New York: Basic Books
- Schumann, Siegfried, 2001: Persönlichkeitsbedingte Einstellungen zu Parteien. Der Einfluß von Persönlichkeitseigenschaften auf Einstellungen zu politischen Parteien. München, Wien: Oldenbourg
- Warwick, Paul V., 2002: Toward a Common Dimensionality in West European Policy Spaces, in: Party Politics 8, 101-122.
- Zaller, John R., 1992: The Nature and Origin of Mass Opinion. Cambridge, New York, Oakleigh: Cambridge University Press.

## 5 Testfragen

1. Welches sind die ideologischen Hauptströmungen des 19. und 20. Jahrhunderts?
2. Was sind (in Ihren eigenen Worten) die wesentlichen Elemente einer Ideologie?
3. Welcher politische Konflikt wird durch die ökonomische Links-Rechts-Achse beschrieben?
4. Warum gibt es in Zweiparteiensystemen eine Tendenz zur Mitte, und warum bezieht sich diese Tendenz auf die Mitte der empirischen Verteilung ideologischer Einstellungen?
5. Warum kann die Beschreibung des deutschen Parteiensystems mit Hilfe einer einzigen Dimension Probleme bereiten?
6. Welche Rolle spielen Ideologien für rationale Wähler und Politiker?
7. Wie und wann sind Ideologien entstanden?
8. Ist Freedens Kritik an der empirischen Erforschung ideologischer Einstellungen gerechtfertigt?
9. Wie unterscheiden sich Sozialdemokratie und Kommunismus (Marxismus-Leninismus)?
10. Inwiefern und inwieweit sind heute *alle* demokratischen Parteien liberale Parteien?
11. Warum ist es auch nach 1990 nicht gerechtfertigt, von einem „Ende der Ideologien“ zu sprechen?

## 6 Weiterführende Literatur

- Bell, Daniel, 1960: The End of Ideology. On the Exhaustion of Political Ideas in the Fifties. New York: Collier
- Converse, Philip E., 1964: The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: Apter, David E. (Hrsg.): Ideology and Discontent. New York: Free Press, 206-261
- Downs, Anthony, 1957: An Economic Theory of Democracy. New York: Harper
- Freeden, Michael, 2003: Ideology. A Very Short Introduction. Oxford u.a.: Oxford University Press
- Mannheim, Karl, 1936: Ideology and Utopia. An Introduction to the Sociology of Knowledge. London: Routledge & Kegan Paul

Zaller, John R., 1992: *The Nature and Origin of Mass Opinion*. Cambridge, New York, Oakleigh:  
Cambridge University Press